

## **Polizeiprojekt "Horizont Realisierung": ein Scherbenhaufen!**

Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis. Dass Sicherheit nicht umsonst zu haben ist, wissen wir alle. Die politisch immer wieder neu zu stellende Frage lautet aber: Wie viel Sicherheit und welche Sicherheit will das Volk um welchen Preis? Schon seit rund zehn Jahren ist im Kanton Aargau die Aufstockung des kantonalen Polizeikorps ein Thema. Der Grosse Rat lehnte jedoch die entsprechenden Anträge der Regierung regelmässig ab. Der Grund hierfür war aber nicht etwa mangelnde Einsicht der Legislative, sondern der Wille, Regierung und Polizeiführung zu zwingen, die Prioritäten richtig zu setzen. Leider ist dies bis dato nicht gelungen. Stattdessen fand die Regierung unter kundiger Leitung von Innendirektor Wernli ein vermeintliches verfassungsrechtliches Hintertürchen: Die Gemeinden würden grossenteils ihren verfassungsmässigen Auftrag zur Wahrung der kommunalen Sicherheit nicht wahrnehmen. Ehe sich der Grosse Rat versah, zog der Innendirektor mit erhobenem Zeigefinger durch die aargauischen Lande, drohte mit der Schliessung zahlreicher Polizeiposten und forderte die Gemeinden ultimativ auf, den Problembereich "lokale Sicherheit" sofort selbst an die Hand zu nehmen. Der Kanton erlebte regierungsrätliche Machtausübung durch eigenmächtige Uminterpretation der Gesetze. Die Fortsetzung des Trauerspiels ist bekannt. Die einen Gemeinden bauten eigene Polizeikräfte auf oder schlossen sich anderen Gemeinden an. Andere engagierten sich regional. Die mutigeren Kommunen schliesslich entschieden sich, die Verabschiedung des Polizeigesetzes durch den Grossen Rat abzuwarten.

### **Was kümmert der Wille der Volksvertretung die Aargauer Regierung?**

Die regierungsrätliche Botschaft und der Entwurf des Polizeigesetzes vom 5. Mai 2004 zeigen in aller Deutlichkeit auf, dass die Regierung den mittels Leitsätzen formulierten Auftrag des Grossen Rates missachtet. Wörtlich ist nachzulesen, dass man die Bedenken kleinerer Gemeinden teilweise aufnehme und neu nicht mehr den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Gemeindepolizeien, sondern eine (möglichst hohe) Anzahl von grösseren, gut qualifizierten Stadt- und Regionalpolizeikörpern anstrebe. Dies widerspricht dem in Leitsatz 5 statuierten, als gleichwertig eingestuftem Einkauf polizeilicher Leistungen bei der Kantonspolizei. Dass der Innendirektor diesen Leistungseinkauf de facto ablehnt, war schon lange offensichtlich, da schon vor geraumer Zeit völlig überhöhten Einkaufspreise kursierten, welche die einkaufswilligen Gemeinden abschrecken mussten.

### **Duale Sicherheitskonzeption als regierungsrätlicher Irrweg**

Die Vernehmlassungsergebnisse zum neuen Polizeigesetz zeigen in erschreckendem Masse, dass die vom Regierungsrat angestrebte duale Sicherheitskonzeption den Bedürfnissen vieler Gemeinden und weiter Teile der Bevölkerung diametral entgegenläuft. Trotz sehr schwerer Bedenken marschiert der Regierungsrat auf dem eingeschlagenen Irrweg weiter. Die von der Regierung anvisierte Lösung mündet in eine Zweiklassenpolizei, schafft eine Vielzahl von Abgrenzungsproblemen, führt zu massiv höheren Gesamtkosten und stellt einen strukturellen Rückschritt dar. Auch die jüngsten Erfahrungen mit privaten Sicherheitsunternehmen zeigen in aller Deutlichkeit, dass solche Lösungen unter dem Aspekt des nicht delegierbaren staatlichen Gewaltmonopols auf Dauer nicht zu befriedigen vermögen.

Die hohe Unterschriftenzahl der jüngst eingereichten Polizeiinitiative ist ein deutlicher Fingerzeig des verunsicherten Volkes, dass es im Bereich der öffentlichen Sicherheit keine Experimente mit unsicherem Ausgang toleriert. Das kürzlich gestartete Projekt "Derrick" (Verzichtsplanung für die kriminalpolizeiliche Tätigkeit bei wenig gravierenden Fällen) zeigt, dass Regierung und Polizeikommando hinsichtlich Prioritätensetzung erst unter massivem personellem Druck lernfähig sind. Diverse Rückmeldungen aus dem Bereich Verkehrskontrollen (Stichwort: zahlreiche Strafeinstellungsverfügungen von Bezirksämtern) und die Priorisierung des wohl kaum besonders dringenden Problems der Skinheads lassen allerdings vermuten, dass der Leidensdruck immer noch zu klein ist.

### **Wie weiter?**

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung ist eine staatliche Kernaufgabe, bei der keine qualitativ minderwertigen Lösungen hingenommen werden dürfen.

Die vom Verfasser dieser Zeilen vor kurzem eingereichte Motion (mit 65 MitunterzeichnerInnen aus fast allen politischen Lagern) will diese duale Sicherheitskonzeption in letzter Minute verhindern. Der Kanton Aargau hätte es noch immer in der Hand, abgesehen von den bestehenden kommunalen Polizeikörpern, eine Polizei aus einem Guss zu erhalten. Stattdessen ist die Regierung bereit, die öffentliche Sicherheit im Kanton Aargau billigen finanz- und personalpolitischen Spielchen zu opfern. Dabei wäre die SVP-Fraktion des Grossen Rates sogar bereit, das Kantonspolizeikorps zur Sicherstellung der lokalen Sicherheit massvoll aufzustocken, wenn die Mittel für diese regierungsrätliche Aufstockung primär durch Einsparungen in anderen Bereichen und insbesondere bei der Zentralverwaltung frei würden.

Gregor Biffiger, Berikon  
Grossrat, Mitglied fraktionelle Arbeitsgruppe Departement des Innern